

Conciliation-Verfahren am 31.1.2006 abgeschlossen

EU-F-Gase-Verordnung passiert Vermittlungsausschuss

EPEE stimmt Kompromisslösung zu

Als wesentliches Ergebnis des am 31. Januar gefundenen Kompromisses zwischen Rat und Europäischem Parlament im nun abgeschlossenen Vermittlungsverfahren ist die nun einheitliche Umwelt- und Binnenmarkt-Regelung für die künftige EU-F-Gase-Verordnung zu bezeichnen. Wenn nicht für Dänemark und Österreich bis 2012 eine Ausnahmeregelung gelten würde!

Beruhigend für die europäische Kälte- und Klimaindustrie ist nun die Bestätigung durch die Europäische Union, das einzelstaatlichen Koketterien mit vorauseilenden F-Gase-Verwendungsverboten in der stationären Kälte- und Klimatechnik – auch bisheriges Leitbild in Deutschland – unter dem Mantel „wir müssen noch mehr für die Umwelt tun“ ein europäischer Binnenmarkt-Riegel (Artikel 95 EG-Vertrag) durch die Beschlüsse von Brüssel, Luxemburg und Straßburg vorgeschoben wurde!

Hierzu wurde in Brüssel durch den Rat (Regierungen der 25 Mitgliedsstaaten) und einer Delegation des Europäischen Parlaments (25 Europaabgeordnete) ein Kompromisspaket auf Grundlage von 26 Änderungswünschen (Beschlüsse des Europäischen Parlaments vom 26. Oktober 2005) beschlossen, das jetzt innerhalb von 6 Wochen (+ max. weiteren 6 Wochen) durch das Europäische Parlament und den Rat in einer 3. Lesung formal gebilligt – oder abgelehnt wird.

Ist der Nutzen von Lex Austria und Dänemark verständlich?

Hierbei geht (ging) es konkret um die Änderungsanträge 2, 7 und 45, mit denen das Europäische Parlament die bestehenden nationalen F-Gase-Gesetze als eine Art Bestandschutz honoriert. Sie betreffen das Inkrafttreten von HFKW-Verwendungsver-

böten, die real ab dem 1. Januar 2007 in Dänemark und ab dem 1.1.2008 in Österreich defakto überhaupt erst in Kraft treten – und als Ergebnis des Kompromisspakets im Conciliation-Verfahren im Jahr 2012 bereits wieder auslaufen.

Das bedeutet nämlich eine parlamentarische Billigung von Protektionismus, der nach jeweiligem Inkrafttreten der dänischen und österreichischen F-Gase-Verwendungsverbote in vielen Bereichen der Kälte- und Klimatechnik Importe von F-Gas-haltigen Produkten aus der Europäischen Union – man denke besonders an den gesamten Bereich der stationären Kälte-Klima-Anwendungen und Wärmepumpen (!) – verbietet und ausdrücklich Exporte aus diesen Ländern von von der jeweiligen Verordnung ausschließt.

Wie sieht das eigentlich die Speerspitze der europäischen Interessenwahrnehmung der Kälte- und Klimabranche in Brüssel? Hierzu befragt, äußert **Friedrich P. Busch**, Director General von EPEE (European Partnership for Energy and the Environment) folgende Meinung:

„Der zwischen Rat und Parlament im Schlichtungsverfahren am 31. Januar 2006 ausgehandelte Kompromiss ist bedauerlich und zugleich unverständlich. Bedauerlich, weil zwei Mitgliedstaaten der Europäischen Union für eine EU-weit geltende Verordnung eine – wenn auch zeitlich befristete – Ausnahme genehmigung zugestanden wird; unverständlich, weil der Vorschlag mit Billigung des Europäischen Parlaments zustande kam, welches ja europäisch und nicht national denken sollte. Bedenken Sie aber, dass mit dem Amendment 45, welches in der zweiten Lesung am 26. Oktober zur Abstimmung stand, beiden Ländern „Carte Blanche“ zugestanden werden sollte. Das ist mit dem Kompromissvorschlag nicht mehr der Fall. Aus diesem Grunde hat auch der dänische Abgeordnete Bonde, der das Amendment 45 eingebracht hat, als einziger im Schlichtungsausschuss gegen den Kompromiss gestimmt.

Er begründet sein „Nein“ damit, dass zwar mit diesem Kompromiss beide Länder ihre strengerer Maßstäbe beibehalten dürfen, die Klausel im genehmigten Text selbst aber wenig Spielraum bietet, diese zu begründen. Dänemark muss zum Beispiel der Kommission gegenüber beweisen, warum ein emittierender Stoff für Dänemark besonders schädlich ist und deshalb verboten wird, jedoch in einem anderen Mitgliedsland erlaubt ist. In Zeiten eines globalen Klimawandels ist es kaum verständlich, dass ein Stoff in einem Land umweltschädlicher als in einem anderen sein soll.

Vergessen wir nicht, dass die Maßnahmen darüber hinaus vertragskonform sein müssen, und es gilt der Binnenmarkt §95. Die zukünftige Umsetzung in die Praxis wird noch einmal spannend. Der European Observer hat in seinem Bericht zum Ergebnis des Schlichtungsverfahrens den richtigen Aufmacher gewählt: „Dänemark und Österreich gewannen einen bittersüßen Sieg bei den F-Gasen.“

Die Zusatzfrage der KK, was nun aus dem von der EU-Kommission nach Beantragung durch EPEE eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren gegenüber Dänemark und Österreich wird, das ja schon vom Grundsatz her aus rechtlichen Gründen gegen den eingegangenen Kompromiss im Vermittlungsausschuss steht, sieht **Friedrich P. Busch** vielleicht so beantwortet:

„Eine gute Frage, die allerdings schwer zu beantworten ist. Kommissar Dimas, der in der Kommission für Umweltfragen Zuständige, hat auf diese Frage ausweichend geantwortet. Er sagte, man untersuche noch die von Dänemark und Österreich erhaltenen Stellungnahmen, würde aber bei der Bewertung die im Schlichtungsausschuss getroffenen Entscheidungen berücksichtigen. Ich gehe davon aus, dass die Kommission die Vertragsverletzungsverfahren gegen beide Länder aussetzt, begründet u. a. mit der nur befristeten Ausnahmeregelung bis zum 31. Dezember 2012.

Denn was wäre die Konsequenz, falls die Verfahren weiterlaufen? Die Kommission müsste dann den Rat und das Parlament vor den Europäischen Gerichtshof zerren und dieses wäre wohl die politisch brisanteste aller Entscheidungen im Zusammenhang mit der F-Gase Verordnung, die eh schon unverhältnismäßig viel Staub aufgewirbelt hat.“

Mehr Bürokratie in Österreich, statt Harmonisierung in Europa

Bleibt es also dabei, dass mit europäischer Billigung nach Dänemark die österreichische Industriegas-Verordnung von Juli 2003 („Ein wichtiger Beitrag Österreichs für den Klimaschutz“) als nationaler Alleingang bis 2012 „geschützt“ ist/wird, dann gelten für die österreichischen Kälte-Klima-Produzenten, -Anwender und Importeure folgende Fakten:

- Die Verwendung von vollfluorierten Kohlenwasserstoffen (FKW) und teilfluorierten Kohlenwasserstoffen (HFKW)

als Kältemittel ist nach dem 31.12.2007 in Klimageräten und Kühl- und Gefriergeräten, einschließlich in Haushaltskühlgeräten und -gefriergeräten verboten; eigenartigerweise ist die „Wärmepumpe“ – für den Fachmann natürlich ein Kühlgerät – explizit nicht genannt.

- Über den 1.1.2008 hinaus ist jedoch die Verwendung von teilfluorierten Kohlenwasserstoffen (HFKW) als Kältemittel dann für die vorgenannten Geräte zulässig, wenn diese für die Ausfuhr bestimmt sind.

Eigentlich rechtlich kaum haltbar, wenn denn einer der hiervon Betroffenen – z.B. ein europäischer Exporteur von stationären Klimasystemen mit HFKW-Kältemitteln – Klage vor dem Europäischen Gerichtshof erhebt.

Könnte sich hier EPEE selbst eines entsprechenden Klage-Mandats bedienen? Hierzu **Friedrich P. Busch**:

„EPEE könnte selbstverständlich klagen, persönlich würde ich jedoch davon abraten. Die Einleitung der Vertragsver-

letzungsverfahren gegen beide Mitgliedsstaaten war für uns eher eine Frage des Prinzips, um auch einen möglichen Dominoeffekt zu verhindern, als vielmehr Marktanteile in diesen Ländern für unsere Mitglieder zu sichern. Ersteres ist uns gelungen.

Es bleibt der heimischen Industrie – die ist nämlich der eigentlich Benachteiligte – jedoch unbenommen, vor den nationalen Gerichten zu klagen. Die Firma Tornado in Österreich hat dies bereits erfolgreich praktiziert. Für den Bereich der Löschmittel musste die österreichische Verordnung aufgehoben werden, da nach Ansicht des Gerichtes die Festlegung einer GWP-Obergrenze willkürlich gewählt wurde und ein umweltpolitischer Nutzen nicht nachvollziehbar sei.“

Unabhängig davon, dass für Reparatur- und Wartungszwecke weiterhin HFKW-Kältemittel unbefristet eingesetzt werden dürfen, gilt für zukünftige Verwendungsnotwendigkeiten von HFKW-Kältemitteln in der stationären Kälte- und Klimatechnik

folgende salomonische österreichische Übergangsregelung:

- Von den jeweiligen Verwendungsbeschränkungen [...] kann der Landeshauptmann (davon gibt es in Österreich neun) auf Antrag eines Herstellers (gilt auch für den Importeur von Geräten und Anlagen) von Geräten oder Errichtern von Anlagen eine nicht länger als auf zwei Jahre befristete Ausnahme genehmigen, sofern nachgewiesen wird, dass die Verwendung vonvollfluorierten [...] oder teilfluorierten Kohlenwasserstoffen/(HFKW) in einer bestimmten Anwendung aus technischen Gründen erforderlich ist und Substitute oder andere Verfahren nach dem Stand der Technik nicht verfügbar sind. Eine Verlängerung der Ausnahme auf weitere zwei Jahre ist zulässig.

Für die Inanspruchnahme einer Ausnahme vom Verwendungsverbot kann die Vorlage eines Gutachtens entfallen, wenn die in diesen Anlagen und Geräten im Primärkreislauf eingesetzte Füllmenge an Kältemitteln, die teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (HFKW) enthalten, 20 kg nicht überschreitet. Damit könnten also nach dem Wortlaut der österreichischen Industriegas-Verordnung HFKW-Kältemittel – nämlich über 2012 hinaus – weiterhin in stationären Kälte- und Klimaanlageanlagen genutzt werden. Doch wohl eine berechtigte Frage der KK-Redaktion: Welchen Sinn macht ein derartiger „Bestandschutz“ in Österreich für die Umwelt in Europa??

EU-F-Gase-Verordnung schnell und progressiv umsetzen

Dies ist eine ganz klare Aussage und die deutsche Kälte-Klima-Branche wird sich den darin formulierten Kriterien rasch annehmen; auch bevor die EU-F-Gase-Verordnung irgendwann im Jahr 2007 offiziell in Kraft treten wird.

Da zu Redaktionsschluss noch keine Protokolle über den Abschluss des Vermittlungsverfahrens vorliegen, hat die KK-Redaktion **Friedrich P. Busch** gebeten, die für die stationäre Kälte- und Klimatechnik bedeutsamsten Verordnungsgebote zu benennen und insgesamt ein Schluss-Statement aus Sicht von **EPEE** abzugeben. Hierzu nun seine Ausführungen live:

„Zum ersten Teil der Frage verweise ich auf die umfassende und übersichtliche Zusammenstellung der Verordnungsgebote in der Pressemitteilung des Rates vom 1. Februar 2006. Man sollte dennoch den endgültigen Text der Verordnung mit den Ausführungsbestimmungen abwarten.

Zum zweiten Teil der Frage lautet meine Bewertung aus der Sicht unseres Verbandes EPEE militärisch kurz und knapp: „Auftrag ausgeführt!“

Blicken wir doch einmal knapp 6 Jahre zurück, als das Europäische Klimaschutzprogramm seine Arbeit begann. Wo standen wir seinerzeit? In der Unterarbeitsgruppe 5, die sich ausschließlich mit den fluorierten Gasen beschäftigte, war aus Sicht der beteiligten Umweltverbände das Verbot dieser Gase beschlossene Sache, die Frage war nur noch der Zeitpunkt, wann dieses zu geschehen hatte.

Es kam anders. Wir konnten die Rechtsgrundlage kippen und hatten sicherlich den größten Erfolg aufzuweisen, als das Parlament in der zweiten Lesung nicht dem Vorschlag des Umweltausschusses bezüglich Rechtsgrundlage und Verboten für fast alle Systeme folgte. Dass es zum Schlichtungsverfahren kam, war eine rein politische Entscheidung und ist das Ergebnis einer teilweise peinlichen Lobbyarbeit Dänemarks und Österreichs in Brüssel. Die dänische Umweltministerin lief ja beinahe Amok in Brüssel und wenn sie an ihre dänischen Europaabgeordneten einen Brief nicht in der Landessprache sondern in englisch verfasste, dann gibt mir das in Bezug auf ihre damit bekundeten wahren Absichten zu denken.

Dies ist Geschichte und der Blick geht nach vorn. Die Arbeit ist nicht beendet, dafür gab es zu viele Verlierer. Man wird in gewissen Kreisen nicht ruhen und die fluorierten Gase wieder auf den Prüfstand stellen. Wir werden sorgfältig den in der Verordnung vorgesehenen „Review“ vorbereiten und uns auf eine konstruktive Mitarbeit im Klimaschutzprogramm II – Kyoto nach 2012 – konzentrieren. Darauf freue ich mich und hoffe auf eine weiterhin gute Mitarbeit der gesamten Branche.“

Daran dürfte die Kälte-Klima-Branche wohl auch aus sich heraus ein großes Interesse haben, und einen ersten Beitrag zu mehr Kooperation mit der Politik wird auch die bevorstehende 5. KK-Fachtagung am 3. März in Bingen leisten. *P. W.*

Die Neutralität des DKV in Umweltfragen hat absolute Priorität

Im Zusammenhang mit dem KK-Bericht über die DKV-Mitgliederversammlung vom 16. November 2005 unter dem Titel „DKV wichtigste Plattform der Branche“ (KK 12/2005, S. 28–31) wurde über die zunächst indirekte, am Folgetag dann direkte Ankündigung von DKV-Vorsitzendem Prof. Dr.-Ing. Ulrich Pfeiffenberger berichtet, wonach zum 1. Juli 2006 ein Wechsel in der Geschäftsführung von Frau Irene Reichert zu Günther Mertz geplant bzw. durch den DKV-Vorsitzenden als „Chefsache“ bereits entschieden wurde.

Diese wichtige personelle Veränderung wurde dann auch durch Prof. Pfeiffenberger selbst in *DKV* ^{aktuell} Nr. 3/2005 auf Seite 4 bestätigt und im Kern ausführlich erläutert. Insbesondere wird auf die 18-

jährige erfolgreiche Tätigkeit von Günther Mertz für das Fachinstitut Gebäude Klima (FGK) e.V. verwiesen, für das er als Geschäftsführer verantwortlich zeichnet.

Nun treten zunehmend Bedenken von erfahrenen Branchenkennern zu Tage, die in der personellen Verknüpfung einer doppelten Vereinsführung – gilt für den Vorsitz und die Geschäftsführung – aus Sicht der Belange des DKV für diesen eher Nachteile befürchten und dies auch in sachlicher Weise begründen.

Denn zu unterschiedlich stellt sich die satzungsgebundene Aufgabenwahrnehmung beider Branchen-Vereine dar; Verfolgt das FGK die wirtschaftliche Förderung seiner Mitglieder – in der Regel Unternehmenseinrichtungen der Klima- und

Lüftungsbranche – mit aller Konsequenz, so ist der DKV ein technisch-wissenschaftlicher Verein, dessen Fachkompetenz sich aus dem kälte- und klimatechnischen Wissen seiner persönlichen Mitglieder ableitet. Die daraus resultierende wirtschaftliche Neutralität macht den DKV zu einem anerkannten Gesprächspartner der Politik.

Somit könnte sich die von einem bekannten Printorgan der Branche empfohlene und erwartete Entwicklung gemeinsamer Synergiepotenziale zwischen den unterschiedlichen Branchengliederungen für den DKV eher als nachteilig erweisen. Der DKV-Vorstand – und nicht nur der Vorsitzende – sollte sich jetzt selbst hierzu einmal näher äußern. Dies empfiehlt und erwartet aus sachlichen Gründen *P. W.*